



ZUKÜNFTE DER GESELLSCHAFT 43. KONGRESS DER DEUTSCHEN GESELLSCHAFT FÜR SOZIOLOGIE JOHANNES GUTENBERG-UNIVERSITÄT JGU MAINZ 28. SEPTEMBER – 02. OKTOBER 2026

Call for Papers

Digital Divides in der Sozialpolitik(forschung)

Sitzung der Sektion „Sozialpolitik“
auf dem 43. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie „Zukünfte der Gesellschaft“
vom 28.09.-02.10.2026 an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Einer der gesellschaftlichen, ökonomischen und technologischen Mega-Trends, der die Zukünfte von Wohlfahrtsstaat und Sozialpolitik entscheidend beeinflusst, sind die Digitalisierung und der Einsatz von Techniken der Künstlichen Intelligenz. Dabei beinhaltet Digitalisierung *zum einen* Veränderungen in Gesellschaft, Wirtschaft und Arbeitsmarkt und damit durch Sozialpolitik möglicherweise zu adressierende Problemlagen und Risiken. Beispiele hierfür sind die Entstehung von Plattformarbeit und Fragen sozialer Absicherung der in diesem Bereich arbeitenden Menschen oder aber der Wegfall von Arbeitsplätzen im Zuge der Digitalisierung und – wie aktuell diskutiert – durch die rasante Entwicklung von KI. *Zum anderen* beeinflusst Digitalisierung die Sozialpolitik auch auf der Ebene ihrer eigenen Organisation und Implementation. So hat die Digitalisierung, falls sozialstaatlich eingesetzt, unmittelbare Auswirkungen auf die Antragsstellung und damit den Zugang zu Sozialleistungen, was Vereinfachungen bedeuten, jedoch auch zu neuen Zugangshürden und Exklusionsrisiken verschiedener gesellschaftlicher Gruppen führen kann, welche als *digital divides* bzw. *digital inequalities* diskutiert werden. Auf der Organisationsebene ergeben sich weitere Chancen (z. B. besseres Schnittstellenmanagement, umfassendere Informationen) und Gefahren (z. B. Datenschutz, KI-induzierter Bias). Auch die „street-level bureaucracy“ verändert sich, wenn etwa Ermessensentscheidungen und Beratungsprozesse teilweise in digitale Systeme und Algorithmen verlagert werden.

Doch hat die Digitalisierung nicht nur auf die Sozialpolitik als Forschungsgegenstand erhebliche Auswirkungen – sie hat auch die Möglichkeiten der Methoden verändert, mit welchen Forschende diesen Gegenstand analysieren können: Computational Social Science (CSS) erlauben neue Formen der Datenerhebung und -analyse und damit neue Zugänge zu sozialpolitischen Fragestellungen. Im Unterschied zu anderen Teilbereichen der Soziologie und den Sozialwissenschaften allgemein haben Methoden aus dem Feld von CSS bisher allerdings kaum Anwendung in der Sozialpolitikforschung gefunden. Somit wurden auch epistemologische und methodologische Fragen, die CSS aufwerfen, noch nicht für die Forschungsgegenstände der Sozialpolitik diskutiert. Insofern lässt sich zurzeit auch von einem *digital divide* zwischen der Sozialpolitikforschung und (manchen) anderen Teilbereichen der Soziologie und der Sozialwissenschaften sprechen. Für die künftige soziologische Erforschung von Sozialpolitik und Wohlfahrtsstaat ist es jedoch von großer Bedeutung, auch methodische Neuentwicklungen aufzunehmen und reflektiert einzusetzen. Für welche Teilbereiche der soziologischen Sozialpolitikforschung lässt sich CSS nutzen? Wo bietet CSS Potentiale und wo sind wir weiterhin auf „konventionelle“ qualitative und quantitative Methoden angewiesen? Wo erlaubt die Digitalisierung der Beantragung und Erbringung sozialpolitischer Maßnahmen die Bereitstellung neuartiger Daten?



ZUKÜNFTE DER GESELLSCHAFT 43. KONGRESS DER DEUTSCHEN GESELLSCHAFT FÜR SOZIOLOGIE JOHANNES GUTENBERG-UNIVERSITÄT JGU MAINZ 28. SEPTEMBER – 02. OKTOBER 2026

Ziel der Sektionsveranstaltung ist es, Forschende aus beiden Themenbereichen zusammenzubringen – Digitalisierung und Sozialpolitik einerseits, CSS in der Sozialpolitikforschung andererseits. Wir wollen damit eine isolierte Betrachtung der beiden Bereiche überwinden und Querverbindungen zwischen Digitalisierung als Thema der Sozialpolitikforschung und digitalen Methoden der Erforschung von Sozialpolitik diskutieren.

Die Einreichungen können beispielsweise eine der folgenden Fragen adressieren:

- Welche Herausforderungen ergeben sich aus arbeitsmarktbezogenen Folgen von Digitalisierung und KI für bisherige Formen sozialer Sicherung? Welche neuen oder reformierten Instrumente der Absicherung werden in Forschung, Politik und Praxis vorgeschlagen und wie werden sie bewertet?
- Wie verändern digitale Informations-, Antrags- und Entscheidungsprozesse oder darauf bezogene digitale Rechtsdienstleistungen den Zugang zu sozialpolitischen Leistungen und deren Inanspruchnahme? Inwiefern tragen sie zur Abschwächung, Reproduktion oder Verschärfung sozialer Ungleichheiten bei?
- Welche Rolle spielen Digitalisierung und KI bei der Organisation und Erbringung sozialer Dienstleistungen? Wie wirken sie sich z. B. auf professionelle Handlungsspielräume, Interaktionen zwischen Fachkräften und Adressat:innen sowie auf die Qualität der Dienstleistungen aus?
- Welche Unterschiede gibt es zwischen, aber auch innerhalb von Wohlfahrtsstaaten in Hinblick auf die oben genannten Fragen? Welche Auswirkungen ergeben sich daraus, etwa für Ungleichheiten?
- Welchen neuen oder neuartigen Datenquellen können sich aus der Digitalisierung sozialpolitischer Prozesse ergeben (z. B. Verwaltungsdaten, Prozess- und Logdaten, Plattformdaten) und welche Zugänge und Analysemöglichkeiten ergeben sich hieraus für die Sozialpolitikforschung?
- Für welche Fragestellungen der sozialpolitischen Forschung bieten CSS besondere Erkenntnispotenziale, und wo stoßen digitale Methoden an konzeptionelle, methodische oder normative Grenzen, die weiterhin den Einsatz qualitativer oder klassischer quantitativer Methoden erfordern?
- Welche epistemologischen, ethischen und forschungspraktischen Fragen wirft der Einsatz digitaler Methoden in der Sozialpolitikforschung auf, etwa im Hinblick auf Datenschutz, algorithmische Verzerrungen oder Reproduzierbarkeit?

Einreichungen von Forschenden aller Qualifikationsphasen und Karrierestufen sind willkommen.

Wir freuen uns über aussagekräftige Abstracts im Umfang von maximal 500 Wörtern

bis zum 31. März 2026 an: julia.hoepner@uni-kassel.de

Organisation: Christopher Grages-Karabiner (Universität Bremen),
Julia Höppner (Universität Kassel), Simone Scherger (Universität Bremen)